



Was Städte stark macht

Wirtschaftskraft der Städte. Großes Unternehmen, großer Erfolg: Die wirtschaftsstärksten deutschen Städte sind meist Standort milliardenschwerer Konzerne. Eine risikoreiche Abhängigkeit? Nein, sagt Markus Eltges, Direktor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Er erläutert, warum wettbewerbsfähige Industrieunternehmen für eine erfolgreiche Regionalentwicklung entscheidend sind und wie eine langfristige Stadtplanung dem Klimawandel sowie dem Fachkräftemangel trotzen und die Wirtschaftskraft steigern kann. —> [Seiten 2-5](#)

Breitbandnetze

In Deutschland mangelt es an Netzen, die Daten mit mindestens einem Gigabit pro Sekunde übertragen können. Dies gilt ganz besonders für die ostdeutschen Länder.

—> [Seite 6](#)

Arbeitsmarkt

Vor 20 Jahren wurden die Eckpunkte der Agenda 2010 vorgestellt. Die groß angelegte Reform hat sich auf dem Arbeitsmarkt langfristig ausgezahlt.

—> [Seiten 10-11](#)

Stark dank Autobau

Wirtschaftskraft der Städte. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erzielen in Deutschland nicht etwa Millionenstädte wie Berlin oder Hamburg, sondern zum Teil deutlich kleinere Wirtschaftszentren, wie eine IW-Auswertung zeigt. Ihr Erfolg ist oft auf die Stärke bestimmter Branchen zurückzuführen – manchmal sogar auf ein einziges großes Unternehmen.

Welche Stadt die schönste in Deutschland ist, darüber lässt sich trefflich streiten – schließlich sind Geschmäcker verschieden. Was dagegen messbar ist, ist die wirtschaftliche Stärke der Städte. Als Indikator dafür dient das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner. Der deutsche Spitzenreiter hierbei kommt aus Niedersachsen (Grafik):

Wolfsburg erreichte im Jahr 2020 – neuere Zahlen liegen nicht vor – mit einer Wirtschaftsleistung je Einwohner von fast 166.800 Euro bundesweit den höchsten Wert aller Städte.

Auf Rang zwei lag Ingolstadt mit rund 122.400 Euro. Die beiden Städte profitieren wie keine anderen vom Erfolg einzelner Unternehmen. Beide maßgeblichen Firmen gehören zur Automobilindustrie: Wolfsburg ist Sitz des Stammwerks von Volkswagen, in Ingolstadt ist die VW-Tochter Audi zu Hause.

Die Zahlen aus 2020 zeigen im Vergleich mit den Vorjahren den negativen Effekt, den die Coronapandemie auf die deutsche Wirtschaft hatte. Wieder steht die Autoindustrie im Fokus, kaum eine andere Industriebranche litt kurzfristig so stark unter den Auswirkungen der Pandemie. Denn durch die Lockdowns in wichtigen Lieferländern wie China

sowie durch Grenzsicherungen in Europa kamen die Lieferketten weitgehend zum Stillstand, sodass die Unternehmen nicht mehr produzieren konnten. Gleichzeitig sank die Nachfrage nach neuen Autos. Die Folge:

In den wirtschaftsstarken Städten, die ihre gute Position im Wesentlichen einem ansässigen Autohersteller verdanken, brach das BIP pro Kopf am stärksten ein.

In Wolfsburg sank es im Vergleich zu 2019 um rund 15 Prozent, in Ingolstadt um 11 und in Stuttgart, Heimat von Mercedes-Benz und Porsche, um gut 7 Prozent.

Die einzige Stadt aus der Spitzengruppe, deren Wirtschaftsleistung im ersten Pandemiejahr nicht zurückging, war das drittplatzierte Erlangen. Für einen großen Teil der Wertschöpfung sorgen dort Siemens und dessen Medizintechniktochter Siemens Healthineers – zwei Unternehmen, die im Gegensatz zur Automobilbranche wenig von der Coronakrise betroffen waren.

Neben Ingolstadt und Erlangen finden sich in den Top Ten drei weitere bayerische Städte. Coburg und Schweinfurt auf den Rängen vier und fünf erzielen ihre Wirtschaftsleistung hauptsächlich durch den Maschinenbau und die stark vertrete-

ne Autozuliefererbranche. Regensburg auf Platz sieben ist ein wichtiger Sitz der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie und profitiert von vielen Einpendlern – also Arbeitnehmern, die nicht in der Stadt wohnen, aber dort arbeiten und die Wirtschaftsleistung nach oben treiben. Entsprechend steigt das Regensburger Pro-Kopf-BIP.

Die bayerische Landeshauptstadt München, Hauptsitz von BMW und Heimat einer vielfältigen, technologiestarken Wirtschaft, schrammt mit einem BIP je Einwohner von rund 80.800 Euro knapp an einem Platz unter den besten zehn vorbei. Wie gut der Großraum München insgesamt wirtschaftlich aufgestellt ist, verdeutlicht eine andere Zahl:

Wenn er eine Stadt wäre, käme der Landkreis München mit einem BIP pro Kopf von fast 112.200 Euro im Ranking an dritter Stelle.

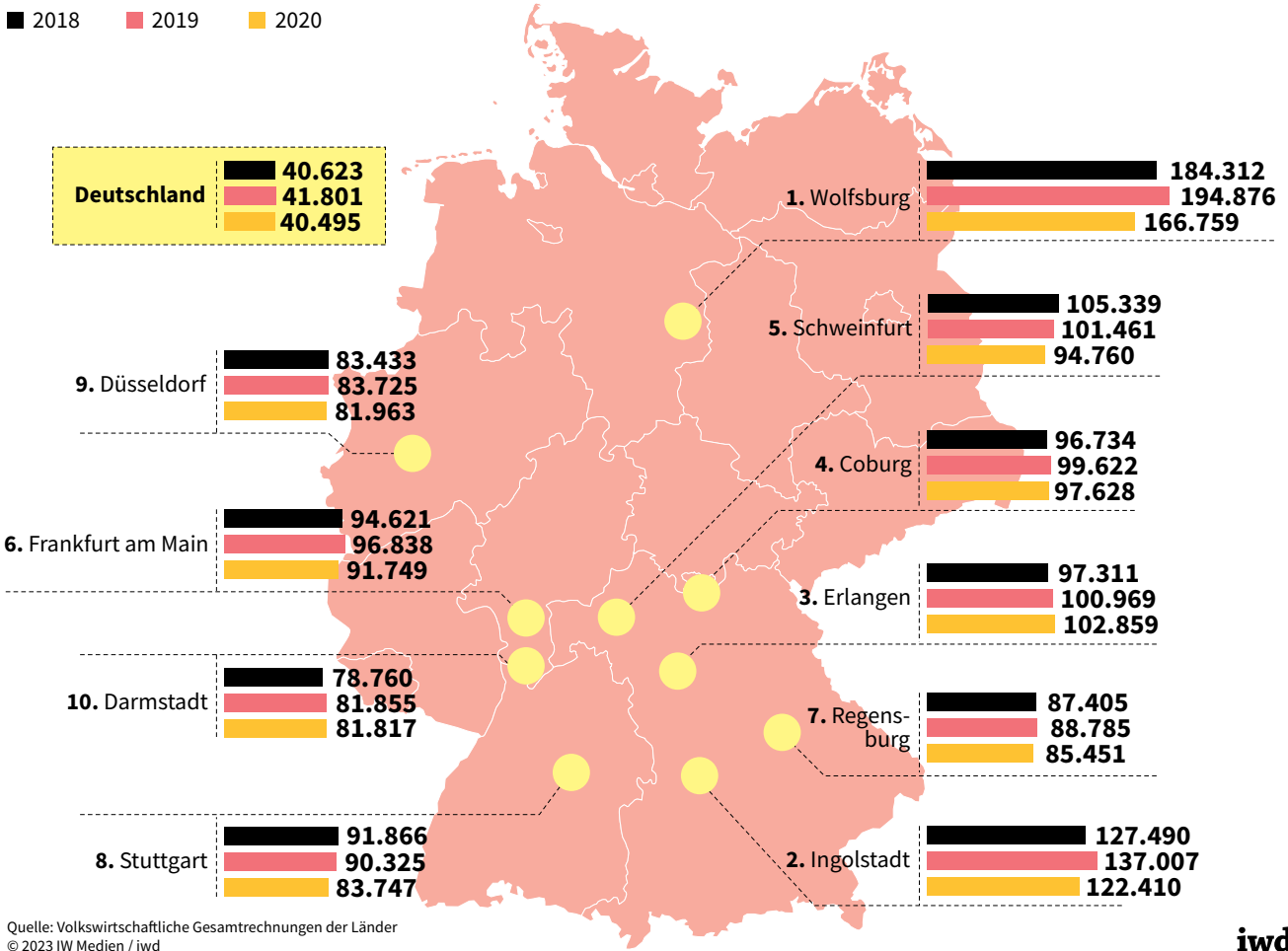
Kein anderer deutscher Landkreis erreicht diesen Wert auch nur annähernd – im Gegensatz zu den Speckgürteln anderer Großstädte, die überwiegend aus Wohngebieten bestehen, ist das Münchner Umland sehr wirtschaftsstark.

Was außerdem auffällt:

Keine der vier deutschen Millionenmetropolen zählt zu den zehn wirtschaftsstärksten Städten.

Wirtschaftskraft der Städte: Pandemie verursacht Einbußen

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der zehn wirtschaftsstärksten Städte in Deutschland in Euro



iwd

Mit Frankfurt am Main und Düsseldorf – beide Städte verdanken ihre wirtschaftliche Kraft vor allem Finanzdienstleistern – sowie Stuttgart finden sich zudem nur drei Städte ab 500.000 Einwohnern darunter. Der Hauptgrund dafür: Das BIP ist in den Großstädten zwar meist recht hoch, verteilt sich aber auf zu viele Köpfe, um mit den kleineren Spitzenreitern mithalten zu können.

Wer Berlin sucht, muss so auf der Liste weit nach unten blicken. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, in denen die Hauptstadt einen großen positiven Effekt auf das

allgemeine Bruttoinlandsprodukt hat, zeigt sich die deutsche Metropole nicht besonders wirtschaftsstarke (siehe iwd 9/2022). Mit 42.145 Euro je Einwohner liegt Berlin nur knapp über dem Bundesdurchschnitt. Bis zum Jahr 2017 hätte Deutschland ohne seine Hauptstadt sogar ein höheres BIP pro Kopf ausweisen können. In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Berliner Wirtschaft aber dynamisch.

Insgesamt zeigt das Ranking zudem ein deutliches West-Ost-Gefälle. Rechnet man die Wirtschaftskraft der Städte auf die jeweiligen

Bundesländer hoch, belegen die fünf ostdeutschen die hinteren Ränge. Die wirtschaftsstärkste Stadt im Osten ist Jena, die mit einem Pro-Kopf-BIP von rund 45.000 Euro im Gesamtranking auf Platz 53 liegt.

Am unteren Ende dagegen zieht der Westen im innerdeutschen Vergleich den Kürzeren. Das liegt in erster Linie am Ruhrgebiet: Unter den zehn wirtschaftsschwächsten deutschen Städten finden sich gleich fünf aus dieser Region. Das deutschlandweite Schlusslicht ist Bottrop mit einem BIP je Einwohner von weniger als 23.500 Euro.

Interview. Aufgrund der Coronapandemie brach in zahlreichen deutschen Städten die Wirtschaftsleistung ein. **Markus Eltges**, Direktor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, sieht die Städte aber wieder auf einem guten Weg. Er legt die aktuellen Aufgaben und Herausforderungen der Stadtentwicklung dar und erläutert, was wirtschaftlich schwächere Regionen tun können, um aufzuholen.



Foto: Schafgans DGPh

„Die Städte sind wieder auf Wachstumskurs“

Die deutschen Städte mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner verdanken ihren Erfolg bestimmten Branchen oder sogar einzelnen Unternehmen. Ist es nicht ein enormes Risiko, wirtschaftlich so abhängig zu sein?

In der Theorie gibt es dieses Klumpenrisiko. In der ökonomischen Realität ist das aber kein Nachteil. Die großen Unternehmen sind meist schon seit mehreren Jahrzehnten an ihren Standorten und haben die jeweiligen Städte und Regionen

mitgeprägt. Wettbewerbsfähige Industrieunternehmen erzielen die primäre Wertschöpfung und sind für eine erfolgreiche Regionalentwicklung entscheidend.

Natürlich würde zum Beispiel ein drastischer Geschäftseinbruch bei Volkswagen immense negative Auswirkungen auf Wolfsburg und Niedersachsen haben. Aber die Unternehmen sind darauf fokussiert, ihren wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Sie passen sich den Marktveränderungen an, entwickeln sich

weiter, bleiben wettbewerbsfähig und sichern so die Wirtschaftskraft ihrer Region.

Inwiefern kann eine langfristige Stadtentwicklung den Zuzug von wirtschaftsstarken Unternehmen beeinflussen?

Die potenzielle Ansiedlung neuer Unternehmen muss in der Stadtplanung in Zukunft stärker beachtet werden. Aufgrund der Neujustierung der Globalisierung gepaart mit der Notwendigkeit, resiliente Lieferketten in Europa aufzubauen, müssen

die Städte bereit sein, Flächen zur Verfügung zu stellen. Zum Beispiel plant der amerikanische Großkonzern Intel, in Magdeburg eine 380 Hektar große Fabrik zu bauen – das wäre eine der größten Firmensiedlungen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten.

Jede Stadt und jede Region ist also gut beraten, genau zu prüfen, wo sie Flächen bereitstellen kann und wie sie diese attraktiv für Unternehmen gestaltet – wichtige Aspekte sind hier die Versorgung mit grüner Energie und Landschaftsparkkonzepte für die Gewerbe- und Industriegebiete. Das Stichwort heißt „Transformationsflächen“.

Im ersten Jahr der Pandemie brach die Wirtschaftsleistung in zahlreichen Städten ein. Konnte sie sich seither erholen?

Tief eingeschnittene Furchen in der Gesamtwirtschaft der Städte sehe ich nicht. Die Pandemie ist zwar nicht spurlos an den Städten vorbeigegangen, dank der massiven staatlichen Unterstützungsprogramme und der Kreativität der Unternehmen sind viele Kommunen aber wieder auf dem Wachstumskurs, auf dem sie vor der Krise waren. Einzelne Branchen wie die Gastronomie oder die Einzelhandelszweige mit starker Online-Konkurrenz – unter anderem die Segmente Bekleidung und Schuhe – müssen ihren Weg noch finden. Insbesondere die Innenstädte brauchen neue Konzepte.

Wie wichtig ist der Stadtentwicklung und -planung die stetige Steigerung der Wirtschaftskraft?

Eine stabile Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Dynamik mit guten Arbeitsplätzen sind die Grundvoraussetzungen, damit die Kommunen ihre Angelegenheiten angemessen selbst regeln und sich weiterentwickeln können.

Die Städteplanung steht aktuell vor großen Herausforderungen:

Städte sollen möglichst CO₂-neutral und gleichzeitig klimaresilient werden, also für die Folgen des Klimawandels gerüstet und auf Wetterextreme wie Starkregen und enorme Hitze vorbereitet sein. Dafür sind infrastrukturelle Maßnahmen nötig, die sehr viel Geld kosten. Da ist es von Vorteil, wenn die Städte wirtschaftlich gut aufgestellt sind. Nichtsdestotrotz braucht es auch die Unterstützung des Landes, des Bundes und der EU.

Darüber hinaus muss eine Stadtentwicklung darauf bedacht sein, jungen Menschen ein attraktives Lebensumfeld zu bieten. Eine große Chance ist gerade für kleine und mittlere Städte die durch das Homeoffice begünstigte Trennung zwischen Arbeits- und Wohnort. Ich bin mir sicher, dass in Zukunft viele Unternehmen weiter entfernten Wohnorten der Arbeitnehmer sehr offen gegenüberstehen. Für die Beschäftigten ergibt sich so eine große räumliche Flexibilität – sie müssen nicht mehr unbedingt in der Großstadt wohnen, in der ihre Firma sitzt. Das gilt es nun für regionale Entwicklungsprozesse zu nutzen.

Wie können Städte, die wirtschaftlich nicht so erfolgreich sind, aufholen?

Jede Stadt, jede Region will sich besser aufstellen. Wichtig wird sein, das Potenzial der Zuwanderung zu nutzen, um insbesondere dem Fachkräftemangel zu begegnen, der zunehmend zur Wachstumsbremse wird. Wir brauchen einen Plan, wie und wo wir diese zusätzlichen Menschen sinnvoll unterbringen. Viele Großstädte haben bereits jetzt mit Wachstumsschmerzen zu kämpfen – sei es bezüglich des Wohnungsmarktes, des Verkehrs, der Bereitstellung von Büro- und Industrieflächen oder der Kitas und Schulen.

Die Politik muss sich schnell mit der Frage beschäftigen, wie sie das

Bevölkerungswachstum in Deutschland so koordinieren kann, dass möglichst viele Regionen und Unternehmen davon profitieren. Es gibt viele Städte, die bei guten infrastrukturellen Voraussetzungen noch Wachstumspotenzial haben. Das Ruhrgebiet ist zum Beispiel so eine Region.

Aktuell tummeln sich im Ruhrgebiet allerdings noch viele wirtschaftsschwache Städte. Wie lässt sich die Situation in dieser Region verbessern?

Es ist ja nicht so, dass die Wirtschaft im Ruhrgebiet seit den 1960er Jahren stehen geblieben ist. Es tut sich langfristig etwas. Nehmen wir zum Beispiel Dortmund: Früher stand die Stadt für Kohle und Stahl, mittlerweile ist sie ein Hochtechnologiestandort. Es braucht eben seine Zeit, bis die Strukturen neu geschaffen sind. Auch München war nicht innerhalb von zehn Jahren da, wo die Stadt jetzt steht.

Das Ruhrgebiet muss noch stärker an seinem Image arbeiten, um junge Menschen in die Region zu holen. Die Stärken müssen im nationalen und internationalen Marketing viel mehr herausgestellt werden, damit diese wunderschöne Region sichtbar wird, als sie es in der öffentlichen Wahrnehmung derzeit ist. Das Ruhrgebiet ist ein starkes Stück Deutschland.

Letztendlich ist eine gute wirtschaftliche Entwicklung aber auch eine Frage des verfügbaren Geldes. Wenn es der Politik gelänge, die Kommunen im Ruhrgebiet bei ihren Schulden zu entlasten, wäre das ein riesiger Fortschritt. Dann hätten sie die finanziellen Spielräume, um in Infrastruktur zu investieren und so attraktiver für junge Menschen und Familien zu werden. Entsprechende Ideen haben die Städte alle genug. Was sie brauchen, ist finanzielle Entlastung.

Die Gigabit-Lücke

Breitbandnetze. Im digitalen Bereich hat Deutschland noch viel Nachholbedarf. Unter anderem mangelt es an leistungsstarken Netzen, die Daten mit hohen Geschwindigkeiten übertragen. Hierbei gibt es auch eine Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland.

Nicht erst seit der Coronapandemie, durch die Millionen Arbeitnehmer ins Homeoffice geschickt wurden, ist klar: In den deutschen Haushalten werden schnelle und leistungsfähige Internetleitungen benötigt. Doch bei der digitalen Infrastruktur hat Deutschland noch viel Nachholbedarf.

So fehlen zum Beispiel in vielen Regionen Glasfaseranschlüsse. Unter den EU-Mitgliedsstaaten belegt die Bundesrepublik hierbei laut dem Digital Economy and Society Index der EU-Kommission den vorletzten Platz: Über alle Provider hinweg besaß im Jahr 2021 nur knapp jeder

fünfte deutsche Haushalt eine Glasfaseranbindung, während EU-weit im Schnitt rund die Hälfte aller Haushalte direkt auf das Glasfasernetz zugreifen konnte.

Grundsätzlich hapert es in Deutschland vor allem an Netzen, die – zum Beispiel über Glasfaser – Daten mit einer Geschwindigkeit von mindestens 1.000 Megabit, also einem Gigabit, pro Sekunde übertragen können. Im Jahr 2022 erreichten nur zwei Drittel der Haushalte diesen Wert. Hinsichtlich der verfügbaren Gigabit-Netze gibt es zudem eine Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland (Grafik):

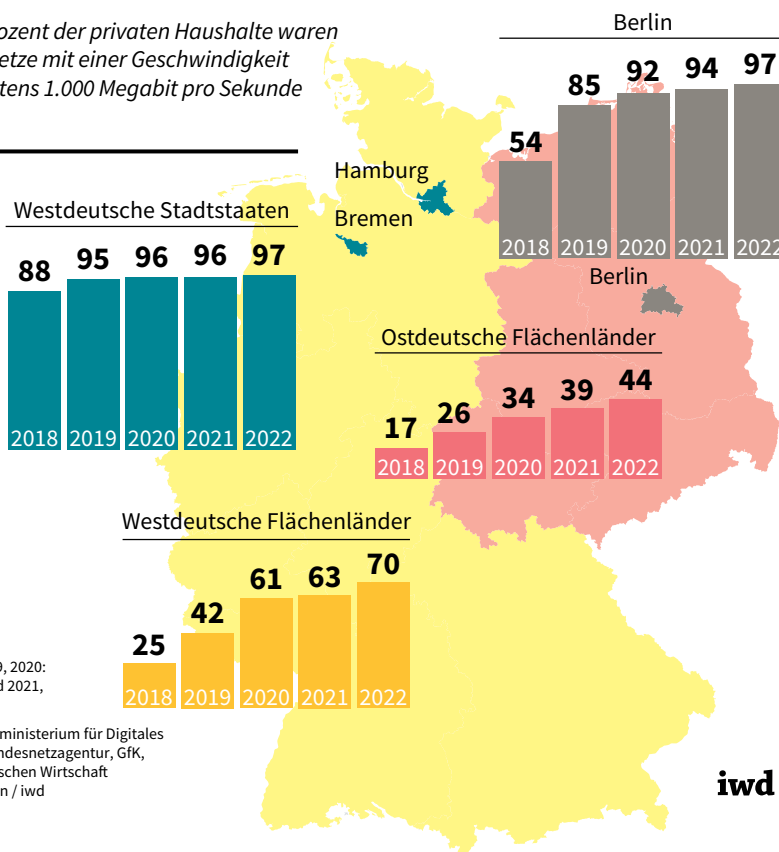
Während im Juni 2022 sieben von zehn privaten Haushalten in den westdeutschen Flächenländern mit Gigabit-Netzen versorgt waren, konnte in den ostdeutschen Bundesländern weniger als die Hälfte der Haushalte auf ein derart schnelles Netz zurückgreifen.

Zwar schreitet der Netzausbau seit 2018 überall in Deutschland voran, im Osten allerdings in deutlich kleineren Schritten. Eine Sonderstellung hat Berlin: Dort konnten im vergangenen Jahr 97 Prozent der Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde surfen – genauso viele wie in den anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen.

Die großen Differenzen sind in Teilen auf die unterschiedliche Städtedichte der Bundesländer zurückzuführen, da die Internetgeschwindigkeit in den ländlichen Regionen der Bundesrepublik meist noch deutlich geringer ausfällt. So war Mitte 2021 bundesweit in rund acht von zehn städtischen Haushalten eine Bandbreite von einem Gigabit und mehr verfügbar. In ländlichen Gebieten betrug der Anteil nur knapp ein Fünftel. Damit der Osten wirtschaftlich vollends zum Westen aufschließen kann, ist ein flächendeckender Breitbandausbau unerlässlich.

Gigabit-Netze: Kluft zwischen Ost und West

In so viel Prozent der privaten Haushalte waren Breitbandnetze mit einer Geschwindigkeit von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde verfügbar



Stand 2018, 2019, 2020: Dezember; Stand 2021, 2022: Juni

Quellen: Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesnetzagentur, GfK, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 15/2023

Jan Büchel, Klaus-Heiner Röhl:
Aufbau Ost – Die Gigabit-Lücke
iwkoeln.de/gigabit-netze

Ukraine-Krieg kostet die Welt Billionen

Weltwirtschaft. Der russische Angriffskrieg bringt viel Leid über die Menschen in der Ukraine. Doch der Krieg hat darüber hinaus auch erhebliche Folgen für die globale Wirtschaft. Neueste Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft beziffern die Verluste.

Die Prognosen für das Jahr 2022 waren durchaus positiv. Die Weltwirtschaft sollte sich nach dem Einbruch durch die Coronapandemie endlich erholen. Doch dann kam der russische Angriff auf die Ukraine. Der verursacht seither nicht nur unfassbares menschliches Leid, sondern schadet der Wirtschaft und damit den Menschen weltweit immens (Grafik):

Dem IW zufolge fiel die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 um 1.650 Milliarden Dollar geringer aus, als es ohne Russlands Angriffskrieg der Fall gewesen wäre.

Bleibt die Lage unverändert, wird es im Jahr 2023 zu weiteren Produk-

tionsausfällen von schätzungsweise 1.000 Milliarden Dollar kommen.

Die immensen wirtschaftlichen Verluste sind vor allem der Energiekrise zuzuschreiben, die der Krieg losgetreten hat. Diese hat Produktionsschocks für viele Unternehmen rund um den Globus ausgelöst. Das trifft vor allem die Firmen in den Ländern hart, die sich nicht selbst ausreichend mit Energie versorgen können. Die Coronapandemie hat außerdem schon vor Kriegsbeginn wichtige Zuliefergeflechte und Produktionsprozesse lahmgelegt. Durch den Krieg fehlen nun in vielen Ländern auch noch Agrarrohstoffe wie Getreide.

Daraus folgt eine Negativspirale: Die Versorgungsengpässe mit Energie und Rohstoffen treiben die Erzeugerpreise nach oben. Das führt zu höheren Verbraucherpreisen. Die hohen Inflationsraten zehren an der Kaufkraft der Haushalte. Und die demzufolge geschrumpfte Nachfrage hat unmittelbare Auswirkungen auf das Versorgungsniveau – vor allem in Entwicklungsländern.

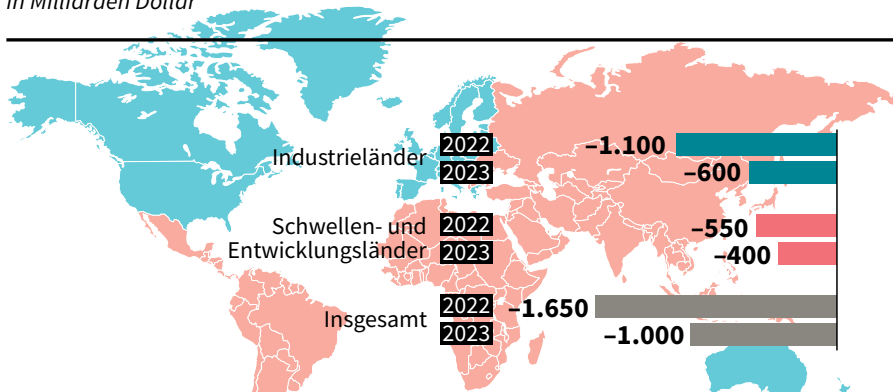
Ein Drittel der Produktionsausfälle im Jahr 2022 traf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Im laufenden Jahr wird der Anteil laut IW-Schätzung sogar auf etwa 40 Prozent steigen.

Doch nicht nur die Produktion stockt. Aufgrund der unsicheren Wirtschaftsperspektiven, der steigenden Finanzierungskosten und der verteuerten Investitionsgüter halten sich Unternehmen weltweit mit ihren Investitionen zurück. Das schwächt den durch Corona ohnehin angeschlagenen Welthandel.

Immerhin dürfte sich die Lage auf den globalen Rohstoff- und Energiemärkten 2023 entspannen, was die erwarteten geringeren Produktionsausfälle gegenüber 2022 erklärt.

Globale Produktion: Deutliche Einbußen

Geschätzte Verringerung des Bruttoinlandsprodukts infolge des Ukraine-Kriegs in Milliarden Dollar



Der Internationale Währungsfonds teilt sämtliche Länder nach Lebensstandard, Einkommen sowie wirtschaftlichem und industriellem Entwicklungsstand in die drei Kategorien Entwicklungsländer, Schwellenland und Industrieländer ein
 Quellen: Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Unterschiedliche Ursachen, ähnliche Folgen

Inflation. Im zweiten Jahr der Coronapandemie legte die Inflationsrate in Deutschland bereits zu, nach Russlands Angriff auf die Ukraine erreichte sie 2022 dann extreme Höhen. Wie stark die Teuerung speziell Deutschlands Rentnerhaushalte traf, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht.

Trifft die hohe Inflation Altersruheständler stärker als die übrige Bevölkerung? Dieser Frage ist das IW in einer neuen Studie nachgegangen.

Zunächst einmal fällt der erhebliche Unterschied der Inflationsraten von Pensionären gegenüber Rentnern der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ins Auge:

Im Jahresdurchschnitt 2022 lag die rechnerische Inflationsrate für Pensionäre bei lediglich 7,2 Prozent, Rentner der GRV kamen indes auf 8,3 Prozent.

Die Differenz rührt allerdings hauptsächlich daher, dass Pensionäre einen höheren Teil ihres Konsums für Gesundheitsleistungen ausgeben und sich diese im Jahr 2022 längst nicht so stark verteuerten wie andere Waren und Dienstleistungen.

Allerdings sind Pensionäre oft privat krankenversichert. Das heißt, sie zahlen die Behandlung erst einmal selbst, bekommen die Gesundheitsausgaben später aber von der privaten Krankenkasse und der sogenannten Beihilfe erstattet.

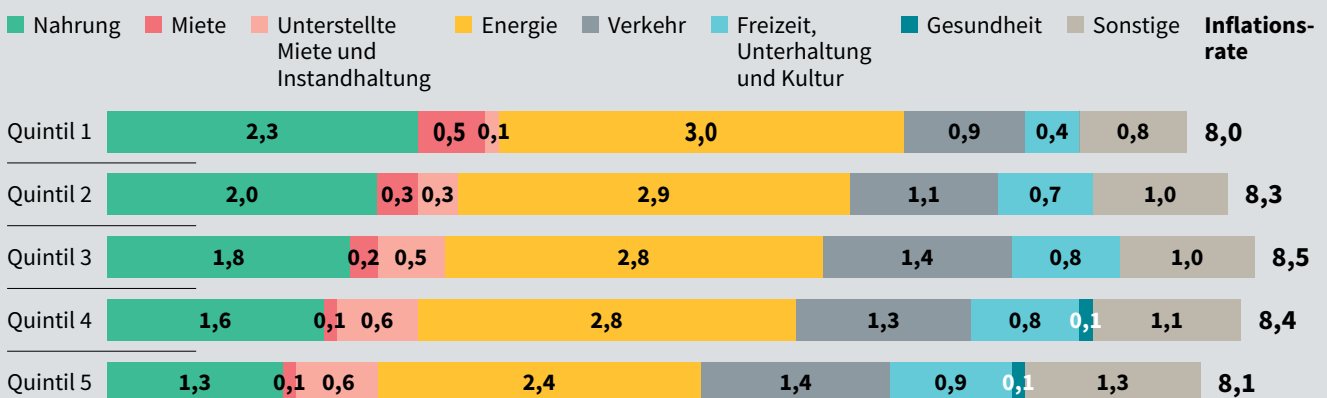
Wird dieser statistische Sonder-effekt herausgerechnet, steigt die Inflationsrate der Pensionäre auf 8,0 Prozent. Damit ist fast das Niveau der Rentner, die Geld von der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, erreicht.

Die weitere Analyse fokussiert sich auf die GRV-Rentnerhaushalte und zeigt für sie einen zentralen Inflationstreiber – die Art, wie geheizt wird (Grafik Seite 9):

Rentnerhaushalte, die mit Öl heizten, mussten 2022 im Schnitt

Rentnerhaushalte: Was die Inflation trieb

So viele Prozentpunkte der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate 2022 der Rentnerhaushalte wurden im entsprechenden Einkommensquintil von der jeweiligen Warengruppe verursacht



Quintile: Einteilung in fünf gleich große Gruppen auf Basis der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen; Rentnerhaushalte: Haupteinkommensbezieher erhält Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

eine Inflationsrate von 9,2 Prozent verkräften. Mit Gas heizende Rentnerhaushalte kamen auf 8,4 Prozent, jene mit Fernwärme auf lediglich 6,9 Prozent.

Hauptsächlich rühren die Unterschiede von den Energiekosten selbst her. So machten sie bei jenen Haushalten, die mit Öl heizen, 3,7 Prozentpunkte der Inflation aus und bei jenen mit einer Gastherme 2,8 Prozentpunkte, während Fernwärme mit lediglich 1,5 Prozentpunkten ins Gewicht fiel.

Hinzu kommt, dass Fernwärme deutlich häufiger in Ballungsgebieten zum Heizen genutzt wird – von Haushalten, die weniger auf das Auto angewiesen sind. Vor allem deshalb lag der Inflationsbeitrag der Kategorie Verkehr bei Gas- und Ölheizern bei je 1,4 Prozentpunkten, bei Fernwärme-Haushalten im Schnitt bei nur 0,9 Prozentpunkten.

Fragt man dagegen nach der Höhe der Inflationsrate mit Blick auf unterschiedliche Einkommensgruppen, ist der Befund wenig eindeutig (Grafik Seite 8):

Die Inflation belastete die GRV-Rentner mit mittlerem Einkommen im Jahresdurchschnitt 2022 am stärksten. Insgesamt waren die Unterschiede allerdings gering – je nach Einkommensgruppe lag die Inflationsrate zwischen 8,0 und 8,5 Prozent.

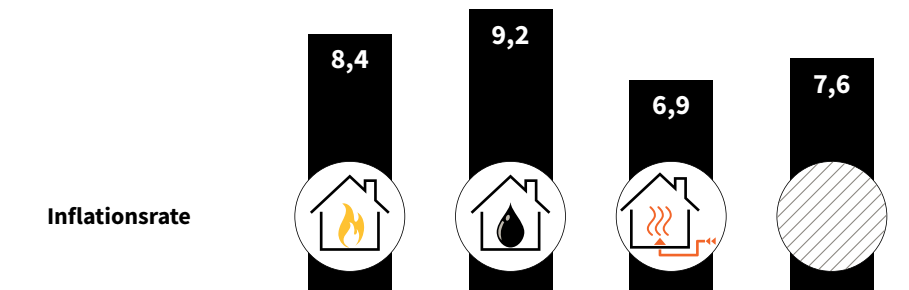
Denn während die unteren Einkommensgruppen anteilig höhere Inflationsbeiträge bei Nahrungsmitteln und Energie zu stemmen hatten, galt das bei den oberen Einkommensgruppen unter anderem für die Rubrik Verkehr.

Bei einer Altersdifferenzierung innerhalb der GRV-Rentner ist der Befund ähnlich. Hier haben Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher über 84 Jahre alt ist, zwar einerseits einen merklich höheren Inflationsbeitrag durch Energiekosten. Ande-

Rentner: Heizungsart beeinflusst Inflationsrate erheblich

Bei Rentnerhaushalten mit dieser Heizungsart verursachten diese Warengruppen im Jahresdurchschnitt 2022 so viele Prozentpunkte der Inflationsrate

	Gasheizung	Ölheizung	Fernwärme	Sonstige
Nahrung	1,7	1,6	1,9	1,7
Miete	0,2	0,1	0,4	0,1
Unterstellte Miete und Instandhaltung	0,5	0,6	0,2	0,6
Energie	2,8	3,7	1,5	2,1
Verkehr	1,4	1,4	0,9	1,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	0,8	0,7	0,9	0,7
Gesundheit	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstige	1,1	1,1	1,1	1,1



Rentnerhaushalte: Haupteinkommensbezieher erhält Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



rerseits tragen die Preissteigerungen im Verkehrssektor für sie weniger zur Gesamtbelastung bei als bei jüngeren Rentnerhaushalten.

Drei zentrale Fragen bleiben aufgrund der Datenlage bislang indes noch offen und bieten Raum für künftige Forschungsarbeiten:

Erstens wäre zu klären, inwieweit die Haushalte ihr Verhalten durch die hohe Inflation im Jahr 2022 signifikant verändert haben. Denn Grundlage der IW-Untersuchung ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2018. Sie bildet das Konsumverhalten der Bundesbürger zwar besonders detailliert ab, kann aber durch den Zeitverzug (noch) nicht beantworten, inwiefern Personen ihren Konsum wegen der höheren Kosten merklich eingeschränkt oder zumindest verändert haben.

Zweitens berücksichtigt die Studie nicht, dass Haushalte unterschiedlich hohe Rücklagen haben. Die einen können Preissteigerungen also besser verkräften, weil sie auf Ersparnisse zurückgreifen können; andere müssen ihr Verhalten dagegen unmittelbar anpassen, weil ihr finanzieller Spielraum gering ist.

Drittens hat der deutsche Staat die Inflation im Jahr 2022 mit verschiedenen Maßnahmen bekämpft. Inwieweit er damit bei den einzelnen Personengruppen erfolgreich war, ist noch nicht klar.

Gutachten

Martin Beznoska, Markus Demary, Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Entwicklung der Inflationsrate für Haushalte im Rentenalter iwkoeln.de/rentnerinflation

Vom Reformpaket zur Erfolgsgeschichte

Arbeitsmarkt. Vor 20 Jahren verkündete die damalige Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder die Eckpunkte der Agenda 2010. Die groß angelegte Reform des deutschen Sozialsystems und des Arbeitsmarktes hat sich langfristig ausgezahlt, wie Arbeitsmarktdaten belegen. Frankreich etwa ging einen anderen Weg und steht heute schlechter da.

Als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 ans Rednerpult im Deutschen Bundestag trat, hatte er Wichtiges zu verkünden. In einer Regierungserklä-

rung stellte der SPD-Politiker seine Pläne für eine weitreichende Strukturreform vor – die Agenda 2010. Ziel dieses Prozesses war es, die Erwerbstätigkeit zu steigern, die Arbeitskos-

ten zu senken und so die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähiger zu machen.

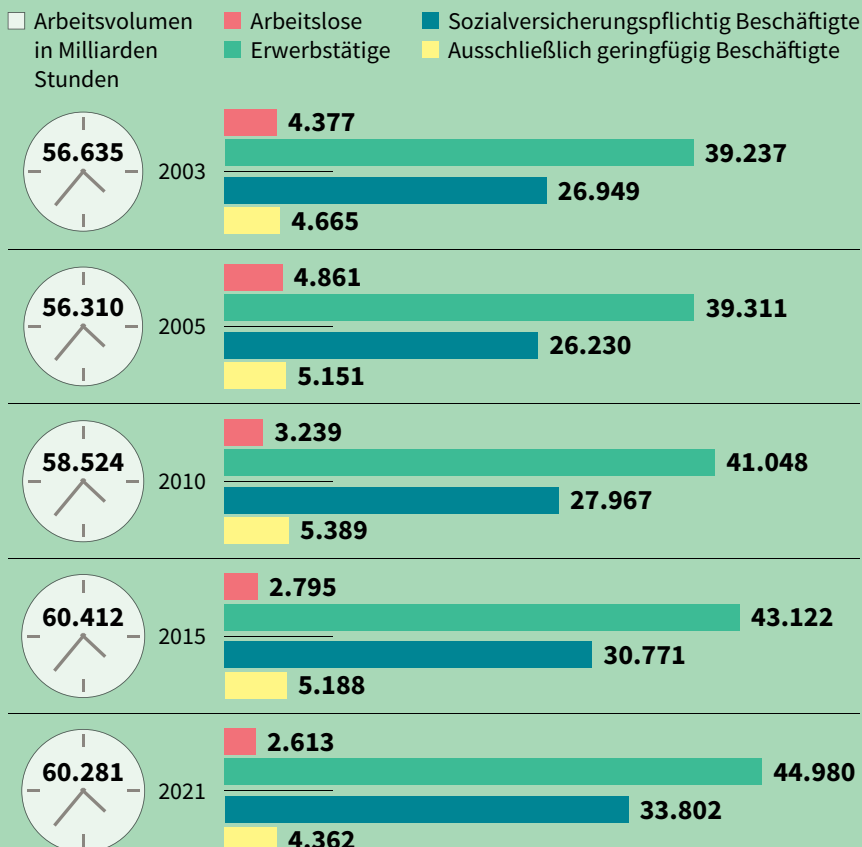
Eckpunkte des Reformpakets waren unter anderen eine flexiblere Zeitarbeit sowie Lockerungen beim Kündigungsschutz. Ebenso baute die rot-grüne Bundesregierung Hürden für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ab und reformierte nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ die Arbeitslosenhilfe. Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurden in einem einheitlichen System zusammengeführt und bestehende Doppelstrukturen abgebaut. Die Behörden sollten so effizienter arbeiten. Die Bezugszeit von Arbeitslosengeld wurde für Ältere von 32 auf 18 Monate verkürzt, um Menschen im höheren Alter zu motivieren, länger zu arbeiten und zügiger nach einer neuen Stelle zu suchen.

Bis zum Jahresbeginn 2005 setzte die Bundesregierung all diese Reformvorhaben weitgehend um. Zentraler Baustein waren die vier Hartz-Gesetze – benannt nach dem Vorsitzenden der Expertenkommission, Peter Hartz.

Die Agenda 2010 polarisierte stark. Befürworter sahen in dem Reformvorhaben einen wichtigen Schritt zur wirtschaftspolitischen Deregulierung und zur Sanierung der Sozialsysteme. Kritiker monierten

Agenda 2010: Der Arbeitsmarkt hat profitiert

in Deutschland, in 1.000

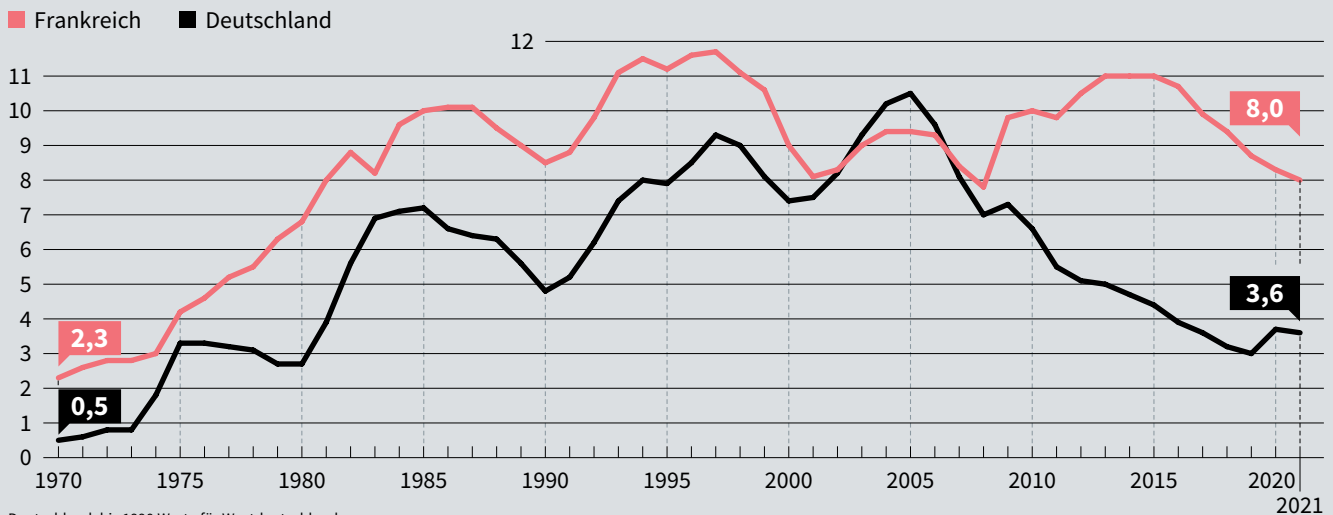


Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Arbeitsmarkt: Deutschland und Frankreich im Vergleich

Erwerbslose in Relation zur Erwerbstätigenzahl in Prozent



Deutschland: bis 1990 Werte für Westdeutschland

Quellen: Ameco, EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

den steigenden Druck auf Arbeitslose sowie die Arbeitseinkommen und fürchteten eine Zunahme der Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Das Institut der deutschen Wirtschaft zieht nun – zwei Jahrzehnte nach Schröders Regierungserklärung – noch einmal Bilanz: Zunächst lässt sich festhalten, dass deutlich mehr Menschen einer Arbeit nachgehen als vor zwei Jahrzehnten (Grafik Seite 10):

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ist von knapp 27 Millionen im Jahr 2003 auf 33,8 Millionen im Jahr 2021 gestiegen.

2022 legte sie noch weiter auf mehr als 34,4 Millionen zu.

Im selben Zeitraum sank die Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent auf 5,3 Prozent. Die positive Entwicklung ist in allen Altersgruppen zu verzeichnen. So ging die Arbeitslosigkeit sowohl bei Jugendlichen bis 19 Jahren als auch bei Arbeitnehmern ab 55 Jahren zurück.

Das Arbeitsvolumen in Deutschland ist zwischen 2003 und 2021 um

mehr als 3,6 Milliarden Stunden gestiegen. Alle Erwerbstätigen kamen zusammen zuletzt auf fast 60,3 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr.

Und auch die frühere Sorge vor einer Flut an geringfügig Beschäftigten hat sich nicht bewahrheitet, wie die Statistik belegt:

Im Jahr 2003 waren knapp 4,7 Millionen Menschen in Deutschland ausschließlich geringfügig beschäftigt, 2022 hatten weniger als 4,4 Millionen nur einen Minijob.

Die Reformen der Agenda 2010 und die Arbeitsmarktdaten können natürlich nicht nur isoliert betrachtet werden. Schließlich haben zahlreiche andere Faktoren ebenfalls Effekte auf die Beschäftigung. Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, lohnt sich ein Blick über die Grenze – Richtung Frankreich. Das Land entwickelt sich seit Jahrzehnten wirtschaftlich ähnlich wie die Bundesrepublik. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt bei unseren Nachbarn zwischen 1970 und 2021 jährlich im Schnitt um 1,36 Prozent.

Deutschland kommt für den gleichen Zeitraum auf einen jährlichen Wert von 1,45 Prozent.

Frankreich hat, anders als Deutschland, allerdings Anfang des Jahrtausends keine umfassende Arbeitsmarktreform gestartet. Das hatte unter anderem folgenden Effekt (Grafik):

Während in Deutschland die Erwerbslosenquote nach den Reformen der Agenda 2010 deutlich gesunken ist, entwickelte sich der Arbeitsmarkt in Frankreich eher seitwärts.

Erst 2018 verabschiedete Frankreich Arbeitsmarktreformen wie flexiblere Arbeitszeiten und Erleichterungen beim Kündigungsschutz. Nun bleibt abzuwarten, wie sich diese Vorhaben langfristig auswirken.

Einen weiteren Effekt könnte langfristig die Rentenreform von Präsident Macron haben. Trotz massiver Proteste hat der französische Senat den umstrittenen Artikel im Gesetzentwurf gebilligt, der das gesetzliche Rentenalter von 62 auf 64 Jahre anhebt.

Zwischen Kostendruck und Innovationskraft

Pharmaindustrie. Lieferengpässe bei einzelnen Medikamenten setzen das Gesundheitssystem scheinbar unter Handlungsdruck. Als Grund wird oftmals die Abhängigkeit von ausländischen Produzenten genannt. Aber wo liegt wirklich das Problem?

Paracetamol, Penicillin, Tamoxifen – das sind nur drei Arzneistoffe, die von Engpässen betroffen sind. Anfang März 2023 meldete das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für mehr als 400 Arzneimittel Lieferschwierigkeiten.

Eines haben die meisten dieser Medikamente gemeinsam: Es sind Generika. Ein Generikum ist eine wirkstoffgleiche Kopie eines Arzneimittels, dessen Patentschutz abgelaufen ist. Laut ProGenerika, dem Verband der Generikaunternehmen

in Deutschland, deckten Generika im Jahr 2021 rund 80 Prozent der gesamten Arzneimittelversorgung in Deutschland ab.

Das Gros der generischen Wirkstoffe, die es in Europa braucht, wird in Asien produziert (Grafik Seite 13):

Im Jahr 2020 fanden sich fast zwei Drittel der Wirkstoffzertifikate, die für die Produktion generischer Wirkstoffe notwendig sind, in Asien.

Vor 20 Jahren wurden noch 30 Prozent der Zertifikate in Asien und 60 Prozent in Europa gehalten.

Sind also die Produktionsverlagerungen das Problem? Oder liegt das Lieferproblem vielmehr in der zunehmenden Konzentration der Produktion?

Heutzutage halten für mehr als die Hälfte der in Europa benötigten generischen Wirkstoffe maximal eine Handvoll Hersteller das benötigte Wirkstoffzertifikat.

Fällt einer dieser Hersteller aus, können die wenigen verbleibenden die fehlende Produktion nur schwer kompensieren – egal, ob diese in Europa oder Asien angesiedelt sind.

Forschung: Pharma liegt vorn

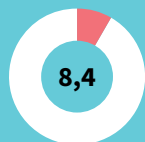
So viel Prozent ihres Umsatzes investierte diese Branche in Deutschland im Jahr 2019 in Forschung und Entwicklung



Pharmaindustrie



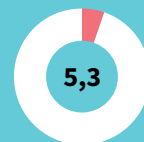
Elektronik/Messtechnik/Optik



Automobilbau



Schiff-/Bahn-/Flugzeugbau



Elektrotechnik



Chemische Industrie



Maschinenbau



Gummi-/Kunststoffverarbeitung



Metallwarenindustrie

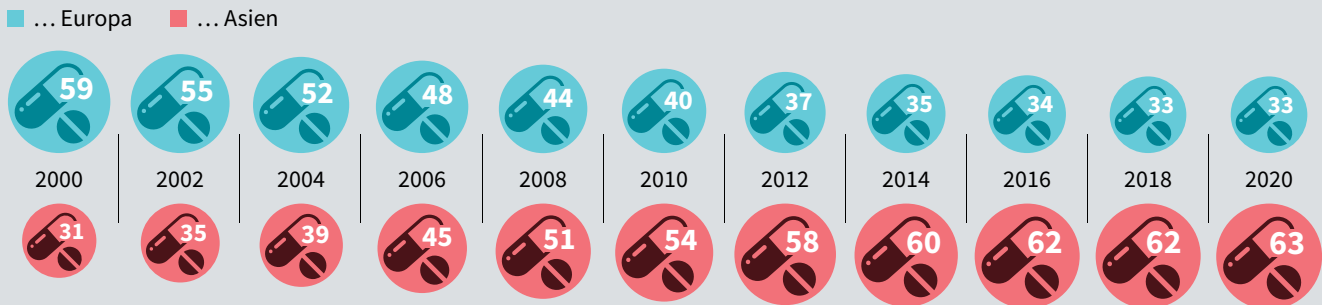


Glas-/Keramik-/Steinwarenindustrie



Wirkstoffherstellung: Der Asien-Shift

So viel Prozent der Wirkstoffzertifikate, die für die Produktion generischer Wirkstoffe notwendig sind, fanden sich in ...



Generikum: Arzneimittel, das den identischen Wirkstoff wie ein ehemals patentgeschütztes Präparat enthält

Quelle: Pro Generika
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Dass viele generische Hersteller in den vergangenen Jahrzehnten aus dem Markt ausgestiegen sind, ist aber auch Folge des hochregulierten Arzneimittelmarktes:

Festbeträge. Für die meisten Generika gibt es einen Höchstbetrag, den die Krankenkassen erstatten. Für eine Flasche Paracetamol-Fiebersaft wurde der Festbetrag in den vergangenen zehn Jahren nicht angepasst – erst Anfang 2023 erfolgte eine Anhebung um 7 Cent. Doch der Wirkstoffpreis für Paracetamol stieg laut ProGenerika im Jahr 2021 um 70 Prozent. Die Produktion der Fiebersäfte ist zunehmend unwirtschaftlich: Von elf Anbietern im Jahr 2010 ist nur noch ein Hersteller übrig.

Preismoratorium. Preise für Medikamente, die nicht dem Festbetrag unterliegen, dürfen seit 2010 nicht erhöht werden – trotz steigender Kosten für Transport, Energie und Rohstoffe. Der 2018 eingeführte begrenzte Inflationsausgleich kann diese Kostensteigerungen nicht auffangen.

Rabattverträge. Wollen Hersteller die Versicherten einer Krankenkasse mit ihren Produkten versorgen, bewerben sie sich auf Ausschreibungen. Der Hersteller mit dem höchsten Rabatt bekommt den Zuschlag.

Patienten erhalten in der Apotheke für ihr Rezept das Medikament des Herstellers, mit dem ihre Krankenkasse einen Rabattvertrag hat.

All diese Instrumente sollen die Kosten im Gesundheitssystem senken. Doch die Preisvorgaben führen dazu, dass sich die Produktion von Generika in Europa kaum noch lohnt. Das erklärt die Produktionsabwanderung an kostengünstigere Standorte, zum Beispiel in Asien.

Dennoch werden auch in Europa nach wie vor Arzneimittel hergestellt. Der europäische Pharmastandort hat sich auf die Produktion innovativer, technologisch komplexer Arzneimittel und ihrer Wirkstoffe spezialisiert. So ist über die Hälfte der weltweiten Produktionsstätten für biotechnologisch hergestellte Wirkstoffe in Europa angesiedelt.

Innovative Pharmaunternehmen entwickeln in Deutschland auch neue Arzneimittel (Grafik Seite 12):

Im Jahr 2019 investierten die Pharmaunternehmen in Deutschland fast 11 Prozent ihres Umsatzes in die eigene Forschung.

Im Jahr 2021 wurden allein 46 Medikamente mit neuem Wirkstoff auf den Markt gebracht.

Deutschland wird aber für die innovativen Hersteller immer

unattraktiver. Dies liegt nicht zuletzt am GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Denn die Maßnahmen verschlechtern die Erfolgsaussichten innovativer Pharmaunternehmen in Deutschland. Verliert ein Absatzmarkt an Attraktivität, stellt dies die hier bestehende Forschung und Produktion infrage.

Die Diskussion um die Rückverlagerung von generischen Wirkstoffproduktionen greift daher zu kurz. Das Ziel muss sein, die bestehenden Produktionen langfristig hier zu halten, damit Deutschland in Zukunft nicht auch bei der Entwicklung und Produktion neuer Arzneimittel vom Ausland abhängig ist.

Die Innovationen von heute sind die Generika von morgen. Um zu verhindern, dass die Produktion eines Medikaments ins Ausland abwandert, sobald dessen Patentschutz ausläuft, braucht es Erstattungspreise, die zumindest eine kostendeckende Produktion ermöglichen. Für 6 Cent – so viel erhält ein Generikahersteller laut ProGenerika im Schnitt aller Medikamente pro Tagestherapiedosis – ist das kaum möglich. Wer eine sichere Arzneimittelversorgung gewährleisten will, muss deshalb auf Dauer eine höhere Zahlungsbereitschaft zeigen.

Energieintensive Branchen in Deutschland geschwächt

Energiekrise. Infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine haben sich Gas und Strom in Europa massiv verteuert. Jene Industriebranchen in Deutschland, die überdurchschnittlich viel Energie verbrauchen, mussten daraufhin zuletzt ihre Produktion erheblich drosseln. Dies hat Folgen für die gesamte hiesige Wirtschaft.

Mehr als 300 Euro – so viel kostete eine Megawattstunde Gas im August 2022. Zwar ist der Gaspreis inzwischen deutlich unter diesen Rekordwert gesunken, eine Rückkehr auf das Niveau von vor dem russischen Angriffskrieg ist jedoch unwahrscheinlich.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass Deutschland das russische Pipeline-Gas durch das im Durchschnitt der vergangenen Jahre etwa 30 Prozent teurere Flüssiggas (LNG) ersetzen muss. Der Preisaufschlag rührt vor allem daher, dass die Verflüssigung und der Transport per Spezialschiff aufwendig sind. Und auch die weltweit gestiegene Nachfrage nach LNG ist ein Preistreiber. All dies trägt dazu bei, dass auch Strom auf absehbare Zeit teurer bleiben dürfte als in früheren Jahren. Denn Gaskraftwerke spielen als flexibles Gegenstück zu den wetterabhängigen erneuerbaren Energien in der deutschen Stromerzeugung eine wichtige Rolle.

Viele Industriebetriebe haben auf die hohen Gas- und Strompreise bereits reagiert und ihre Fertigung energieeffizienter gestaltet oder auf alternative Energieträger umgestellt.

Einige Branchen allerdings – zum Beispiel die Chemieindustrie oder die Metallerzeugung – benötigen überdurchschnittlich hohe Energie-

Die energieintensiven Unternehmen kommen vor dem Hintergrund des Energiepreisanstiegs kaum umhin, ihre Produktion am Standort Deutschland zunehmend zu hinterfragen.

mengen, um die Produktionsprozesse in Gang zu halten; teils ist Gas auch ein unabdingbarer Produktbestandteil. Diese Industriezweige konnten zuletzt kaum anders, als

ihre Produktion angesichts der teuren und knappen Energiegüter zu drosseln (Grafik):

Im Dezember 2022 lag die Produktion in den energieintensiven Branchen in Deutschland im Schnitt um fast 20 Prozent unter dem Niveau von Ende 2021.

Besonders groß war das Minus in der chemischen Industrie mit nahezu 30 Prozent, in der Papierindustrie ging die Produktion um 18 Prozent und in der Metallerzeugung um 10 Prozent zurück.

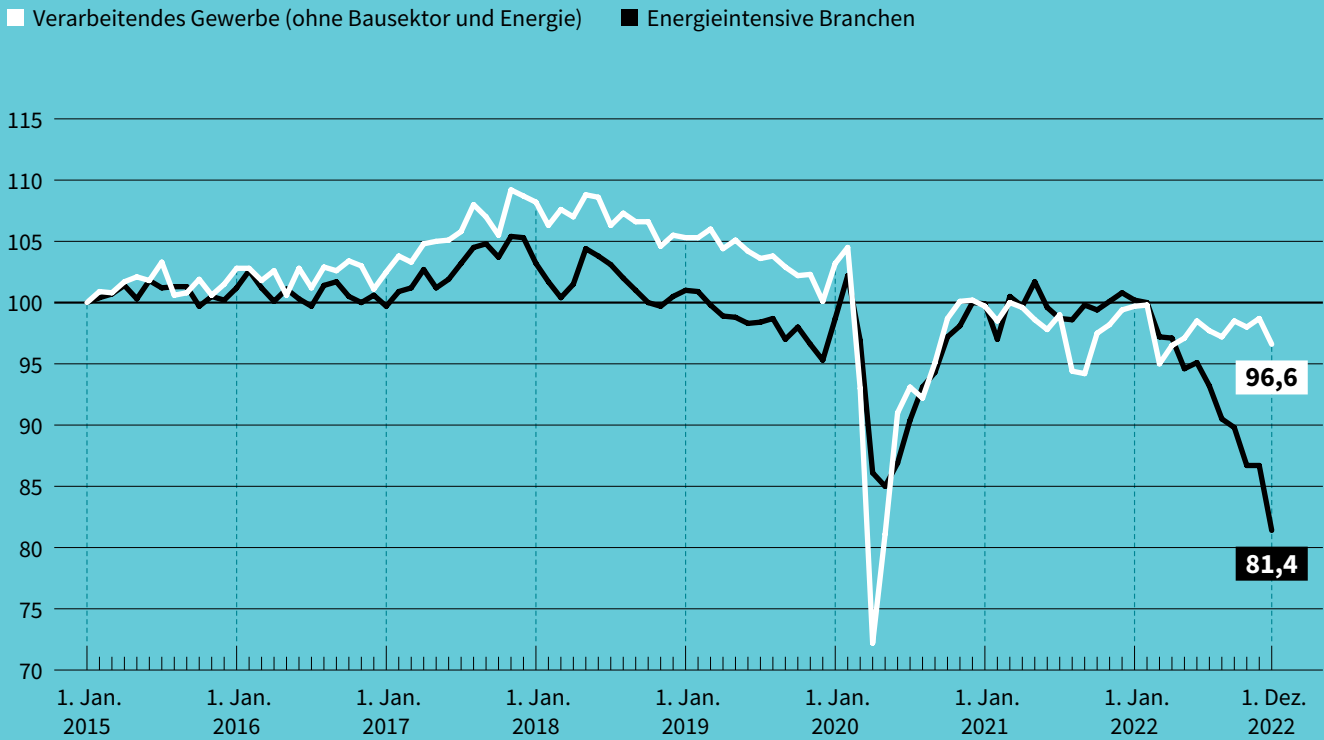
Das Verarbeitende Gewerbe insgesamt musste die Fertigung lediglich um weniger als 3 Prozent reduzieren.

Auch im Vergleich zu den anderen EU-Ländern wurden die energieintensiven Branchen in Deutschland deutlich stärker vom Anstieg der Energiepreise getroffen.

Damit belasten die hierzulande hohen Preise für Gas und Strom die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Branchen. Geraten die Unternehmen in wirtschaftliche Schieflage, gehen Arbeitsplätze und damit Einkommen verloren, was zu einem Rückgang des privaten Konsums führt. Zudem

Industrieproduktion: In energieintensiven Branchen stark gesunken

in Deutschland, Jahresbeginn 2015 = 100



Energieintensive Branchen: u.a. Chemieindustrie, Metallherzeugung, Papierindustrie

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



müssen die Betriebe Geld für Energie ausgeben, das sonst für Investitionen hätte verwendet werden können. All dies bedeutet Wohlstandsverluste:

Studien zufolge hat die Energiekrise in Deutschland im Jahr 2022 zu Realeinkommenseinbußen von etwa 64 Milliarden Euro – nahezu 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – geführt.

Die energieintensiven Unternehmen kommen vor dem Hintergrund des Energiepreisanstiegs kaum

umhin, ihre Produktion am Standort Deutschland zunehmend zu hinterfragen.

Umso wichtiger wäre eine Politik, die die Betriebe stärker dabei unterstützt, auf klimaneutrale Energiequellen wie grünen Strom und Wasserstoff umzustellen. Die Bundesregierung sowie die Regierungen der Länder haben zwar angesichts der akuten Energiepreisproblematik eine Reihe von Sofortmaßnahmen beschlossen, um

Haushalte und Unternehmen zu unterstützen. Diese Maßnahmen können jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie mit einer umfassenderen und längerfristigen politischen Agenda zur Verbesserung der heimischen Standortbedingungen einhergehen.

IW-Kurzbericht 19/2023

Malte Küper, Thomas Obst: Energieintensive Produktion bricht stärker als während der Pandemie ein
iwkoeln.de/energieintensive-produktion

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

weniger Schülerinnen und Schüler als im Vorjahr haben im Jahr 2022 die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erreicht. Damit gab es insgesamt 8.300 weniger Studienberechtigte als im Jahr 2021. Der Hauptgrund ist der demografische Wandel – die Zahl der 17- bis 19-Jährigen war zuletzt rückläufig.

In Westdeutschland ist die Zahl der Abiturienten mit 2,2 Prozent am stärksten gesunken, in den ostdeutschen Bundesländern ging sie insgesamt um 1,4 Prozent zurück. Nur in Sachsen und Baden-Württemberg haben 1,5 Prozent beziehungsweise 1,2 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler ihr Abitur gefeiert als im Vorjahr.

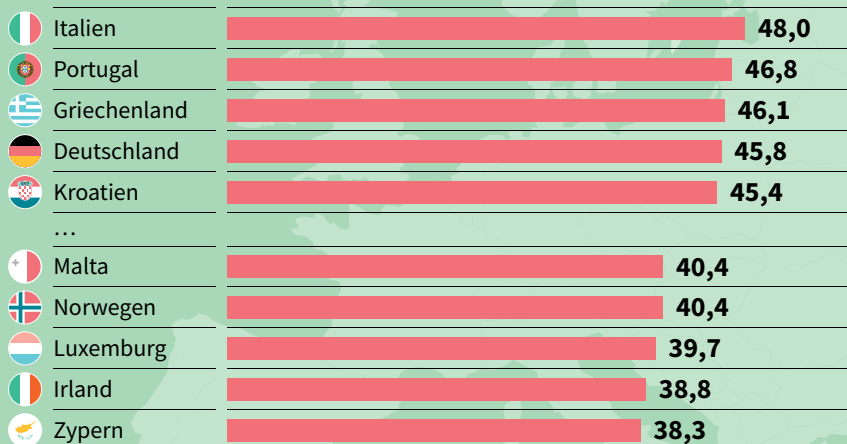
Was beim Blick auf die Abiturientenzahlen noch auffällt: Der Anteil der Frauen an allen Studienberechtigten ist im vergangenen Jahr minimal gestiegen – von 54,1 auf 54,3 Prozent.

Top-Liste: Altes Europa

Die Bevölkerung in Europa wird zunehmend älter: Das EU-weite Medianalter lag 2022 bei 44,4 Jahren, das sind 0,3 Jahre mehr als 2021. Das Medianalter ist ein Mittelwert, der die Bevölkerung in exakt zwei Hälften teilt: eine, die jünger, und eine, die älter ist. In 24 von 27 EU-Staaten ist diese Kennzahl im Jahr 2022 gestiegen, in Deutschland dagegen geringfügig gesunken. Das höchste Medianalter verzeichnet Italien. Zurzeit leben dort 800.000 Menschen, die 90 Jahre oder älter sind. Bis 2050 dürfte sich ihre Zahl mehr als verdoppeln. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der niedrigen Geburtenrate von 1,2 Kindern je Frau rechnen Demografen damit, dass die Einwohnerzahl Italiens bis 2050 um fünf Millionen Menschen zurückgehen wird. Im Jahr 2070 dürfte das Medianalter dort dann bei 54,4 Jahren liegen.

Altes Europa, junges Europa

So viele Jahre betrug das Medianalter in der EU im Jahr 2022



Medianalter: Die eine Hälfte der Bevölkerung ist älter, die andere jünger; Malta: Daten vorläufig

Quelle: Eurostat

© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Neu

Neu auf [iwd.de](https://www.iwd.de):

Löhne von Ausländern

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist groß und wäre ohne die Zuwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen noch größer. Vor allem im MINT-Bereich ist die Zahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Und diese MINT-Experten verdienen überdurchschnittlich gut. Alle Details lesen Sie auf [iwd.de/loehne-auslaender](https://www.iwd.de/loehne-auslaender).

